Offenes Blatt

Informationen und Meinungen aus dem Kreisverband DIE LINKE. Schwerin
Januar 2017

André Walther zum Direktkandidaten gewählt

Auf der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung der Kreisverbände Ludwigslust-Parchim, Nordwestmecklenburg und Schwerin wurde am Freitag, André Walther, als Direktkandidat für DIE LINKE im Bundestagswahlkreis 12 gewählt. In seiner Vorstellungsrede betonte André Walther: „Wer neoliberale Politik beenden will, muss sich mit den Reichen anlegen!“ Der 28-jährige Kandidat, der an der Wismarer Hochschule vor dem Abschluss seines Wirtschaftsrechtsstudiums steht, freut sich auf die Auseinandersetzung mit der Bundesfamilienministerin, Manuela Schwesig, und dem Wahlkreisgewinner der letzten Wahl, Dietrich Mohnstadt. „Nur eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen Merkel.“ André Walther, 1988 in Parchim geboren, ist 2005 in die PDS eingetreten. Er ist Mitglied der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin und vertritt seine Fraktion im Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr. Seit 2013 ist André Walther stellvertretender Landesvorsitzender der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern.

Kaffeeklatsch

Am 22. Februar ist es soweit. Dann heißt es wieder ,,Kaffeeklatsch mit Angelika Gramkow``. Bei Selbstgebackenem und Kaffee in gemütlicher Runde lade ich um 16.00 Uhr in das Bürgerbüro in die Martinstr.1./1a ein. Gelegenheit, ins Plaudern zu kommen und über Wünsche für eine Wiederbelebung einer erfolgreichen Veranstaltungsreihe zu reden. Ich freue mich auf Euch!

Eure Angelika

Kommunikation

Wir wollen die Kommunikation, innerhalb des Kreisverbandes und der Mitglieder untereinander, verbessern. Uns interessiert, wie die GenossInnen ohne Internet ihre Informationen beziehen, wie die Internetauftritte genutzt werden, welche Schnittstellen verbessert werden müssen u.v.m.
Die AG Kommunikation lädt daher alle interessierten Mitglieder zu einem Gespräch ein. Am 13.02.2017 sind wir zwischen 16:00 und 18:00 Uhr in der Martinstr. 1/1A.

Neu-Gründungstreffen der linksjugend [`solid] Schwerin

Die linksjugend ['solid] Schwerin lädt Interessierte zwischen 14 und 35 Jahren herzlich am 05.02. zum Auftakttreffen in das Bürgerbüro in der Martinstraße 1A ein.
Wir, als alte und neue Mitglieder, möchten mit euch zusammen die Ortsgruppe reaktivieren und mit frischen Wind neues politisches Engagement in das Stadtbild Schwerins bringen.
Du hast Lust, dich zu beteiligen? Dann würden wir uns freuen, wenn du um 15 Uhr zum Relaunch bei uns vorbeikommst.
Wir wollen uns neu organisieren und uns gemeinsam neue Ziele setzen!

Eure linksjugend ['solid] Schwerin

André – eine gute Wahl

Am letzten Freitag haben die Vertreterinnen und Vertreter Genossen André Walther aus unserem Kreisverband zum Direktkandidaten in unserem Wahlkreis gewählt. Eine gute Nachricht für uns.

André engagiert sich seit Jahren im Kreisverband, ist Mitglied unserer Stadtfraktion und ist nicht zuletzt stellvertretender Landesvorsitzender. Er wird in unserem Wahlkreis gegen Manuela Schwesig und Dietrich Monstadt antreten und wir wissen, dass eine erfolgreiche Wahl einem Wunder gleich käme. Mit André werden wir aber deutlich machen, dass eine Stimme für DIE LINKE in jedem Falle eine Stimme gegen die Kanzlerin Merkel und damit eine Stimme für den Politikwechsel ist. Im Ergebnis aber wird ein Vertreter unserer Partei bekannter sein, hier in Schwerin und in der Umgebung. Genau das ist unsere Chance. Nach den Ereignissen des letzten Jahres, die uns als Kreisverband in unserer politischen Bedeutung arg zurückgeworfen haben, brauchen wir einen Neuanfang auch in unseren Personalien. Die Kandidatur von André ist der erste Schritt in diese Richtung. Der LINKEN in Schwerin neue Gesichter geben ist unsere Aufgabe. Die Kandidatur von André ist ein Schritt auf diesem Weg. Dafür gebührt ihm Dank und Anerkennung. Am besten danken wir ihm mit unserer vollen Unterstützung im Wahlkampf. Der Kreisvorstand wird sich im Februar in seiner Sitzung zum ersten Entwurf eines Wahlführungsplanes verständigen. So werden wir den Grundstein für einen aktiven Wahlkampf mit und für André legen.

Aber auch die NPD wird zu dieser Bundestagswahl antreten können. Das ist für mich vollkommen unverständlich. Die NPD wird nicht verboten, weil sie zu klein und unbedeutend ist? Will man sie verbieten, wenn sie im Bundestag ist? Auch das Bundesverfassungsgericht setzt sich nach Proporz der im Bundestag vertretenen Parteien zusammen. Alle demokratisch verfassten Gremien resultieren letztlich aus diesem Proporz. Je stärker die NPD wird, um so stärker wird sie auch in den demokratischen Entscheidungsgremien. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese sich dann gegen die NPD entscheiden, wird dementsprechend gering. Die vom Bundesverfassungsgericht gewählte Argumentation widerspricht sich also selbst und zeigt eine schwache Demokratie, die sich nicht wehrt. Hören wir in Sonntagsreden aber nicht immer etwas von einer wehrhaften Demokratie? Welch ein Widerspruch! Und aus meiner Sicht: Welch ein Rückschlag für die Demokratie!

Spannend bleibt auch der Ausgang der Wahlen. „Trump wird nie Präsident der USA“, hieß es im letzten Jahr. Er wurde es. Im Frühjahr sind in Frankreich Wahlen, wer wird Präsident? Im Herbst wird hierzulande gewählt – wie wird die AfD abschneiden? Bisher war sie für viele Überraschungen gut. Aus meiner Sicht, weil zu viele Menschen abgehängt sind von der ach so tollen Globalisierung, die nur wenigen Reichen wirklich nutzt. Eine junge Generation, die enttäuscht ist ob ihrer Chancen. Eine Elterngeneration, die sich nicht sicher sein kann, ob die Regel „Unseren Kindern wird es einmal besser gehen“ zutrifft. Eine große Verunsicherung in der Gesellschaft und herrschende Politik stellt sich dieser Herausforderung nicht. Genau darum braucht unser Land einen Politikwechsel – aber nicht hin zur AfD, nicht in Richtung Trump oder Le Pen. Als LINKE müssen wir deutlich machen, dass eine andere Politik möglich ist und einen Politikwechsel gestalten. Das ist unser Auftrag und mit André haben wir hier vor Ort einen guten Partner an der Seite. Deshalb freut mich die Wahl von André, aus meiner Sicht eine gute Wahl. Auch und erst Recht im September.

Mit sozialistischen Grüßen

Peter Brill
Kreisvorsitzender

Impressum
„Offenes Blatt“ wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.
Anschrift der Redaktion:
Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin,
Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de,
Internet: www.die-linke-schwerin.de
Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.
V.i.S.d.P.: Peter Brill
nächste Ausgabe: 03.03.2017

André Walther - unser Kandidat für den Bundestag

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserin, liebe Leser,

das neue Jahr hat begonnen, ein ereignisreiches mit vielen Höhen und schmerzlichen Tiefen liegt hinter uns. Ich wünsche allen von uns ein gesundes und spannendes Jahr 2017 mit maximalen politischen Erfolgen sowie Spaß und Leidenschaft an der gemeinsamen Arbeit.
Nach der Wahl ist vor der Wahl. Nach einer schmerzvollen Landtagswahl und einer verlorenen OB-Wahl sind wir in Schwerin an einem schwierigen Punkt. Unsere Schwächen müssen ebenso beleuchtet werden für den anstehenden Bundestagswahlkampf wie unsere vielen Stärken, die wir uns zielgerichteter zu Nutze machen müssen. Ich wurde am 20.01.2017 von der VertreterInnenversammung der LINKEN im Bundestagswahlkreis 12 zum Direktkandidaten mit 91,3 % gewählt. Mein Dank gilt Euch allen, die mich unterstützt und darin bestärkt haben, als Vertreter einer neuen Generation die Herausforderung anzunehmen, für die LINKE Verantwortung zu übernehmen. Ich werde mit aller Kraft und Mühe dieser Aufgabe gerecht werden.
Unser Ziel ist es, der herrschenden Politik Alternativen für soziale Gerechtigkeit entgegenzustellen. Gemeinsam muss es uns gelingen, endlich das Vertrauen der Menschen wiederzugewinnen, ihnen Hoffnung und Mut zu geben, dass wir ihre Stimme, die Stimme jedes einzelnen, erkämpfen und dieses Land verändern können. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der niemand arm sein muss und jeder das Recht auf eine freie Entscheidung seiner Lebensplanung verwirklichen kann - wo die Freiheit des einzelnen die Voraussetzung für die Freiheit aller ist. Wir nennen dies demokratischen Sozialismus.
Mein persönlicher Wunsch im anstehenden Wahlkampf ist vor allem, möglichst jeden Genossen, jede Genossin und die vielen Strukturen und SympathisantInnen in und um unsere Partei aktiv mit einzubeziehen. Ich bin für jeden Vorschlag, jede Empfehlung und die vielen Wünsche und verschiedensten Vorstellungen von Euch jederzeit offen und freue mich über Eure Beiträge.
Wie wir uns am Ende des Wahlkampfes und insbesondere währenddessen „schlagen“, entscheidet vor allem unsere Planung und unser Zeitmanagement. Ich werde nicht auf jeder Hochzeit tanzen können. Um aber ein hohes Maß an Präsenz in der Fläche zu gewährleisten und immer auf dem aktuellsten Stand der Geschehnisse vor Ort zu sein, bin ich auf Eure Unterstützung und die der Strukturen angewiesen. Hierzu ist es wichtig, dass Ihr mir Termine, Nachrichten aller Medien und sonstige Infos aus Euren Strukturen zukommen lasst - am Besten zunächst auf die E-Mail-Adresse andre.walther-wk12@mail.de. Jedes noch so kleine Stadtteilfest, jeder noch so liebevolle Taubenzuchtverein kann darüber entscheiden, ob die Menschen uns kennen und sich mit ihrer Stimme am 24.09.2017 für uns entscheiden.
Wie sieht die weitere Wahlkampf-Planung aus: Die Landespartei ist für die wesentliche Durchführung des Bundestagswahlkampfes in M-V verantwortlich. Hierzu wird das Landeswahlbüro, in dem ich Mitglied bin, am 31.01. eine erste Abstimmung treffen. Die Bundespartei entwirft den grundsätzlichen Rahmen des Wahlkampfes, diesen stimmt der Parteivorstand in den nächsten Wochen ab. Im Mai beschließt der Bundesparteitag in Hannover das Wahlprogramm.
Wir werden ferner im Bundestagswahlkampf auf verstärkte Online-Präsenz setzen. Hierzu werde ich meinen Beitrag leisten und meine Facebok-Seite repräsentativ gestalten und eine Website sowie einen instagram- und twitter-Account einrichten.
Liebe Freundinnen und Freunde, ich baue auf Eure weitere Unterstützung und freue mich auf das spannende Wahljahr. Es geht um sehr viel.

Mit solidarischen Grüßen

André Walther

Eckdaten:

geboren 1988 in Parchim

Familienstand: ledig, keine Kinder

wohnhaft in Schwerin im Stadtteil Feldstadt

Beruf: Bürokaufmann; Bachelor of Laws Wirtschaftsrecht (Jurist, FH)

derzeitige Tätigkeit: Student Wirtschaftsrecht Master, Schwerpunkt International Business, russisches Wirtschaftsrecht

politische Tätigkeit: Mitglied der Stadtvertretung Schwerin; Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE.M-V

Hobbys: Musik und Konzerte, Film und Kino, Reisen, Freizeitsport, u.a. Laufen, Fahrradfahren, Schwimmen

Bundesregierung hat Überblick über Behörden und Sicherheitsgesetze verloren

Rede in der Aktuellen Stunde am 18 Januar zum Thema: Entschieden gegen Gefährder vorgehen – Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit

Durch einen feigen Anschlag sind zwölf Menschen getötet worden, viele wurden verletzt. Ihrer Anteilnahme, Herr Minister, dem Anliegen der Unterstützung für die Opfer, dem Gedenken schließe ich mich ausdrücklich an; das teilen wir. Ich möchte auch für die Fraktion Die Linke den Hinterbliebenen der Opfer und den Verletzten des Anschlages in Berlin mein Mitgefühl aussprechen. Ich möchte, dass wir alle immer auch über die Opfer reden, dass das nicht unterm dem „Fall Amri“ subsumiert wird. Und ich möchte auch, dass wir trotz dieses Anschlages unsere Art zu leben nicht kaputt machen lassen, dass wir mehr Menschlichkeit, mehr Freiheit fordern und dabei bleiben und dass wir denen keine Siege gönnen, meine Damen und Herren.

Ja, es ist so, dass man nicht alle Fragen sofort beantworten kann; es hat lange gedauert, bis erste Fragen beantwortet wurden. Ich will Heiko Maas zitieren, der dann gesagt hat:

Es kann sich nach dem, was da geschehen ist, und nach dem, was man mittlerweile weiß, niemand hinsetzen und sagen, es sind keine Fehler gemacht worden.

Ich will dem ausdrücklich zustimmen; bloß, ich möchte natürlich auch wissen: Wer hat denn Fehler gemacht, welche Verantwortung gibt es da? Und da gibt es bisher sehr, sehr wenige Antworten. Seit Montag liegt Ihrer beider Bericht – Sie haben darauf hingewiesen – an das PKGr vor, und trotzdem bleiben viele Fragen. Das Fehlen von Antworten auf diese Fragen – das ist das, was die Menschen in unserem Land verunsichert, Herr Minister.

Wie kann es sein, dass Amri diesen feigen Anschlag durchführen konnte, obwohl er seit 2015 wöchentlich Thema deutscher Behörden war? Wie kann es sein, dass trotz Information eines V-Manns, dass ein „gewisser Anis“ Anschlagspläne hegt, hier Informationen nicht zusammengeführt worden sind? Woher hatte Amri seit Februar 2016 die Information, dass die Behörden ihn auf dem Schirm hatten? Wie kann es sein, dass die Observierung Amris ab April 2016 nur noch lückenhaft durchgeführt worden ist? Wieso wurde die Beschattung, obwohl er Thema im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum war, im September eingestellt, und das, meine Damen und Herren, zu einem Zeitpunkt, zu dem der marokkanische Geheimdienst Informationen hierhergegeben hat, dass er eben ein Gefahrenpotenzial hat? Wie kann denn das sein? Wie kann es zu dieser Einschätzung kommen, dass er nicht gefährlich ist? Dafür gibt es keine Erklärung.

Kurz danach wurde er übrigens in der Polizeidatenbank INPOL europaweit als ausländischer Kämpfer aufgeführt. Warum? Wie passt das zusammen, meine Damen und Herren? Warum sind alle Verfahren gegen Amri – alle -, wegen Drogen, Betrugs usw., eingestellt worden, obwohl ihm Dutzende Straftaten vorgeworfen worden sind? Das alles, meine Damen und Herren, stinkt gen Himmel. Das ist keine Schuldzuweisung; aber da ist etwas nicht in Ordnung.

Ich will einfach wissen: Wer hat was warum irgendwie gedreht? Was ist da in Nordrhein-Westfalen konkret passiert? Von dort sehe ich nur einen Fingerzeig in Richtung Berlin. Es ist eine Aneinanderkettung von Fehlurteilen der Sicherheitsbehörden. Geschah dies im Übrigen planmäßig, weil er vielleicht als Quelle genutzt werden sollte, oder ist es Versagen?

Wir haben, wie Sie wissen, einen Untersuchungsausschuss gefordert. Interessanterweise hat sich Herr Kauder dem angeschlossen, offensichtlich – es ist ja Ihr Fraktionschef – weil es offene Fragen gibt; denn einen Untersuchungsausschuss macht man dann, wenn die Antworten bisher nicht ausreichen.

Meine Damen und Herren, die Voraussetzung für neue Gesetze ist natürlich zuallererst Aufklärung. Und bei Ihnen höre ich nur: Verschärfung, Verschärfung, Verschärfung. – Ich sage ganz klar: Wir haben ausreichend Mittel und Gesetze, mit denen dieser Anschlag vielleicht hätte verhindert werden können, wenn sie nur vernünftig und konsequent angewendet worden wären. Sie aber haben meines Erachtens den Überblick über Ihre eigenen Behörden und über die Sicherheitsgesetze längst verloren.

Über Ihre konkreten Vorschläge können wir alle noch reden, aber bisher wird vor allen Dingen über Verschärfung geredet, und da haben wir eine ganze Menge durch: Zweimal das Asylrecht verschärft; das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum ist gegründet worden. Aber die Arbeit scheint dort nicht zu funktionieren.

Videoüberwachung. Wir haben auch nichts gegen vereinzelte Videoüberwachung. Aber: Der Mann ist 14-mal gefilmt worden. Festgehalten und zur Strecke gebracht haben ihn dann zwei Polizisten bei einer normalen Kontrolle. Deswegen sollten wir mehr über die Stärkung der Polizei nachdenken und nicht über flächendeckende Videoüberwachung; ich hoffe, dass auch Sie das nicht wollen.

Bevor Sie zu solchen Forderungen kommen, wollen wir, dass alle Fakten auf dem Tisch liegen, und dabei geht es nicht um Schuldzuweisung, sondern darum, zukünftig entsprechende Fehler zu verhindern. Das ist doch der entscheidende Punkt.

Zwei Dinge zum Abschluss. Wir sollten dafür sorgen, dass die Moscheen, die von Saudi-Arabien finanziert werden – wo Herr Amri offensichtlich vorher war -, zugemacht werden, damit hier nicht in irgendeiner Art und Weise Terrorismus gefördert wird.

Und zum Satz: Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen. – Wir sollten darüber nachdenken, wie wir dem Terrorismus real den Boden entziehen können. Wir sollten keine Interventionskriege führen, keine Waffen exportieren und Ähnliches. Dann ergreifen wir die richtigen Maßnahmen, damit dem Terrorismus der Boden entzogen wird.

Macht oder Ohnmacht der LINKEN

Kürzlich hat der Parteivorstand der LINKEN nach erheblicher Debatte eine Wahlkampfstrategie beschlossen. Dass es dazu Kontroversen gab, mag für eine linke Partei an sich nicht überraschend sein; bemerkenswert ist allerdings, dass sich die Auseinandersetzung, die sich bei vorherigen Wahlen auf das Programm konzentriert hat, nunmehr bereits bei der Wahlstrategie zugespitzt hat. Verwunderlich ist das alles nicht. Denn die Konfliktlinien in der Gesellschaft und in der LINKEN sind unübersichtlicher geworden. Während es vor zwei Jahren auch in unserer Partei faktisch keinerlei Debatte mehr über eine rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene ab 2017 gegeben hat, gewann diese Diskussion vor allem in den letzten Monaten in allen drei in Rede stehenden Parteien erheblich an Fahrt. Dies erscheint auf den ersten Blick umso verwunderlicher, als dass weder die Meinungsumfragen aktuell eine Mehrheit für solch eine Koalition prognostizieren noch die gegenseitigen inhaltlichen Vorbehalte in allen drei Parteien reduziert worden sind.

Die Gegenargumente innerhalb der LINKEN sind bekannt und übersichtlich: zum einen die schlechten Erfahrungen bei eigenen Regierungsbeteiligungen, zum anderen das Verhalten der potenziellen Koalitionspartner in der zentralen Frage der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft. Und natürlich stimmt ebenso die Analyse, dass auch SPD und Grüne eine erhebliche Mitverantwortung für die Polarisierung unserer Gesellschaft haben und damit nicht unbeteiligt sind an den Voraussetzungen, die zum rasanten Aufstieg der neuen Rechten geführt haben.

Und trotzdem wäre es fatal, in die politische Auseinandersetzung des Jahres 2017 mit der Losung zu ziehen: Die LINKE allein gegen den neoliberalen Block von Bündnis 90/Die Grünen bis AfD. Zum einen würde dies die realen Unterschiede zwischen diesen Parteien in unzulässiger Weise verwischen. Zum anderen erleben wir innerhalb von SPD und Grünen erhebliche Auseinandersetzungen zu ihrer Positionierung in der sozialen Frage. Die Grünen demonstrierten das auf ihrem letzten Bundesparteitag. Die Sozialdemokraten u. a. gerade im EU-Parlament, in dem einerseits ihr Parlamentspräsident das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada ohne Rücksicht auf Verluste durchboxen will und die sozialdemokratischen Abgeordneten andererseits im Beschäftigungsausschuss dagegen stimmen. Nicht selten wurden wir Zeuge, dass sich beide Parteien in einer Koalition mit der LINKEN deutlich anders positionieren als in einer Koalition mit der CDU. Diese Chancen einer Koalition mit SPD und Grünen zu leugnen, ist letztlich Ausdruck eines mangelnden Selbstbewusstseins der Linkspartei. Auch wir können aus Fehlern vorheriger Regierungsbeteiligungen lernen. Der wichtigste Fakt, der uns zu einer Kooperationsfähigkeit von Linkspartei, SPD und Grünen zwingt, ist jedoch der radikale Rechtsruck in unserer Gesellschaft. Die drohende Hegemonie der neuen Rechten, in den Wahlen untersetzt durch eine Mehrheit von CDU und AfD, ist zum Greifen nahe. Es besteht durchaus die Gefahr, dass eine solche Mehrheit, wie in Sachsen-Anhalt bereits jetzt, die Rahmenbedingungen für linke Politik drastisch verschlechtert. Auf ihrem Bundesparteitag in Essen hat die CDU gezeigt, wie groß die Schnittmengen zwischen CDU und AfD sind. Die CSU beweist uns täglich, wie gering die politische kulturelle Distanz zwischen den Konservativen und der neuen Rechten ist. Kommt eine solche Mehrheit auch bei der Bundestagswahl 2017 zustande, werden völlig unabhängig von einer Koalitionsentscheidung der CDU die zivilisatorischen Grundlagen unserer Gesellschaft angegriffen werden, und zwar in einer Dimension, wie wir uns dies heute kaum vorstellen können. Eine solche Situation zu verhindern, muss die zentrale Aufgabe aller sich als links verstehenden Kräfte im politischen Spektrum sein.Um die beschriebene Gefahr abzuwenden, reicht es jedoch nicht, den Status quo zu verteidigen, der diesen Rechtsruck hervorgebracht hat, so wie Michael Brie und Mario Candeias es in ihrem Beitrag richtig festgestellt haben. Allerdings gehört zur Ehrlichkeit dazu, dass dieser Status quo auch dadurch entstanden ist, dass LINKE, SPD und Grüne ihren Kooperationsunwillen und ihre Kooperationsunfähigkeit in vielfältiger Art und Weise vor sich her getragen haben. Und leider verabschiedet sich auch der oben erwähnte Artikel »Rückkehr der Hoffnung« von M. Brie/M. Candeias nicht völlig von diesem Denkmuster.

Auf den ersten Blick mag es so aussehen, als wäre für uns die linke Opposition zu einer CDU/SPD- oder CDU/SPD/Grünen-Regierung die leichtere und effizientere Rolle. Allerdings ist dies ein Trugschluss. Denn anders als bisher ist in Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit die drohende Alternative zu den oben genannten Koalitionen eine von CDU und AfD. Um aber genau das zu verhindern, benötigen wir eine Mobilisierung des Mitte-links-Lagers, die in den letzten Jahren immer stärker verloren gegangen ist. Diese wird auch die LINKE nicht dadurch erreichen, dass sie am eigenen Status quo festhält, nämlich linke Opposition gegen eine Bundesregierung mit SPD Beteiligung sein zu wollen. Für eine Mobilisierung einer Mehrheit links von CDU und AfD brauchen wir die klare Ansage, dass wir zu einer Kooperation mit SPD und Grünen auch in einer Bundesregierung bereit sind. Natürlich mit einem inhaltlichen Anspruch, das versteht sich von selbst. Das Argument von Brie/Candeias, dass die gesellschaftlichen Umstände insgesamt eine solche Regierungsbeteiligung ungünstig erscheinen lassen, können wir nicht gelten lassen. Denn ohne den ausdrücklichen Willen zur Macht auch der LINKEN werden sich diese Umstände weiter radikal verschlechtern. Auch der von den beiden Autoren vorgeschlagene Weg der Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung ist eher ein taktischer Kompromiss - und dazu ein schlechter. Diese Regierungsform war von 1994 bis 2002 in Sachsen-Anhalt politische Realität. Ich selbst war Akteur. Sie stellte damals einen Tabubruch, die Aufhebung der politischen Isolation der PDS dar. Sie war vor allem anfangs eine Kooperation ohne das zugehörige Bekenntnis dazu, zum Teil auch auf Seiten der PDS. Sie hat Türen geöffnet und damit spätere Koalitionen möglich gemacht. Letztlich jedoch scheiterte dieses Modell an der Inkonsequenz der politische Beteiligten, die sie selbst in eine Koalition hätten überführen müssen. Die praktischen Erfahrungen mit diesem Modell aus Sachsen-Anhalt legten auch die Schwächen einer Tolerierung deutlich offen. Tolerierungsmodelle neigen in der Konsequenz eher zu einer strategischen Defensivrolle des Tolerierenden. Die Koalition agiert, der Tolerierende akzeptiert oder eben nicht. Der Ausweg wäre dann, eine Tolerierungsvereinbarung, die inhaltlich allerdings noch viel stringenter als eine Koalitionsvereinbarung gefasst werden müsste, weil sie nicht mehr am Kabinettstisch nachzusteuern ist. Der einzig verbleibende Vorteil wäre die größere Freiheit zur Darstellung der eigenen Position und das Fehlen einer formalen Koalitionsdisziplin. Allerdings haben sich die Zeiten seit den 90er Jahren auch in dieser Frage radikal geändert. Politische Auseinandersetzungen in einer Koalition unterscheiden sich heute weder in Öffentlichkeit noch in Schärfe maßgeblich von der Auseinandersetzung von Oppositions - und Koalitionsparteien. Eine Lehre aus Sachsen-Anhalt Ein weiterer Nachteil der Tolerierung wäre der fehlende Zugriff auf die Exekutive. Und auch das ist eine Lehre aus Sachsen-Anhalt. Die Qualität der Umsetzung eines politischen Programms entscheidet über dessen Wirkung mindestens genau so viel wie der dazugehörige Gesetzesentwurf oder der Haushaltsansatz. Will die LINKE den bisherigen Status quo verändern, um linke Mehrheiten zu ermöglichen, dann muss sie ihre Verzagtheit ablegen. Die Autorengruppe um Joachim Bischoff hat in ihrem Beitrag »Hat die Linke eine Zukunftsstrategie?« nicht nur auf die wesentlichen Handlungsfelder hingewiesen, die beabsichtigt werden müssen. Sie weisen auch darauf hin, wie Leute wie der der US-amerikanische Linksdemokrat Bernie Sanders oder der britische Labour-Vorsitzende Jeremy Corbyn inhaltliche Positionen mit einem eindeutigen Machtanspruch verbunden haben, was zu einer erheblichen Mobilisierung beigetragen hat. Deshalb ist es so entscheidend, auf eine reale linke Alternative zum Status quo zu setzen. Will die Linkspartei also eine Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern erreichen, die in der Lage ist, eine CDU/AfD-Mehrheit nach den nächsten Bundestagswahlen zu verhindern, muss sie mit der klaren und selbstbewussten Ansage in den Wahlkampf ziehen: eine Regierung mit den LINKEN ist möglich und greifbar - eine Regierung, die für einen echten inhaltlichen Wandel hin zur sozialen Gerechtigkeit steht und die zivilisatorischen Grundlagen unserer Gesellschaft sichern kann.

Wulf Gallert

Bewerbungsrede

Dies ist ein Auszug aus der Vorstellungsrede von André Walther zu seiner Kandidatur für das Direktmandat im Wahlkreis 12 am 20.01.2017.

[…] Die Folgen des Zusammenbruchs der DDR spielten bei den Menschen in unserer Region eine zentrale Rolle: Kollaps der ostdeutschen Wirtschaft, die fatale Treuhandpolitik, Erwerbslosigkeit ganzer Bevölkerungsschichten. Mit dieser Wirtschaftspolitik wurden Chancen und Perspektiven einer ganzen Generation genommen, - die Planbarkeit eines selbstbestimmten Lebens ist unmöglich gemacht worden.
Dies aber war nur der Beginn einer tiefgreifenden Veränderung der gesamtdeutschen Gesellschaft.
Mit der Agenda 20-10 wurde der klassische Sozialstaat a la Bundesrepubik Deutschland um- und teilweise abgebaut.
Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Einführung von Hartz IV, die Rentenkürzungsreform, der Zusatzbeitrag und die Einschränkungen der Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung, die Deregulierung des Arbeits- und Finanzmarktsektors und die Ausweitung der Leiharbeit, die damit einhergehende Schwächung der Gewerkschaften, die Manifestierung des Niedriglohnsektors – all dies führte bei großen Bevölkerungsteilen, auch und gerade hierzulande, zu tiefgreifenden Einschnitten in ihren persönlichen Lebensbereichen.
Und genau HIER liegen die Ursachen der tiefen Spaltung unserer Zivilgesellschaft und das damit einhergehende tiefe Misstrauen gegenüber Staat und Gemeinwesen.
Wenn 75 Prozent der AfD-Wählerinnen und -wähler bei der Landtagswahl am 4. September im vergangenen Jahr angegeben haben ‚denen da oben mit ihrer Stimme eins auszuwischen‘, dann ist die Feststellung, zu denen da oben zu gehören, eine wirklich schmerzliche Feststellung.
Wer Rechtsaußen wirksam bekämpfen will, muss sich vor allem für ein Ende der Politik des Deregulierens, Privatisierens und der Umverteilung zu Gunsten der Großkonzerne und reichen Privatvermögen einsetzen. Eben das ist die Politik der Union unter Merkel, der Sozialdemokratie unter Schröder/Steinmeier/Gabriel, der Grünen unter Kretschmann/Özdemir/ Göhring-Eckardt - und der FDP in Gänze. Darum werden wir […] uns darauf konzentrieren, uns mit der großen Koalition auseinanderzusetzen. Wir sind die einzige Partei, die Angela Merkel nicht zur Kanzlerin machen wird. Wir stellen für die Menschen in unserem Land, für Familien sowie für diejenigen, die Jahrzehnte für ihren Ruhestand gearbeitet haben, eine progressive und fortschrittliche Alternative dar. Keine Partei ist so solidarisch mit den Werktätigen, Angestellten Azubis, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern wie die LINKE.
Unser Signal muss doch im Bundestagswahljahr 2017 eindeutig lauten: Wir finden uns nicht mit der herrschenden Politik ab, die den Mittelstand bedroht und eine wachsene Mittelschicht legitimiert und kleinredet.
80 Prozent des Steueraufkommens in Deutschland sind Lohn- und Mehrwertsteuer. Gleichzeitig gehören den 36 reichsten Familien in Deutschland die Hälfte des gesamten Privatvermögens. Das ist pervers und darf nicht weiter forciert werden!

Unsere Forderungen bleiben mehr denn je:

- Der Spitzensteuersatz ist auf 53 Prozent ab einem Jahreseinkommen iHv 86.300,- zu erhöhen. Gleichzeitig soll der Grundfreibetrag auf 12.600,- angehoben werden.

- Die Millionärssteuer ist wenigstens mit 5 Prozent ab der zweiten Million einzuführen.

- Eigentum verpflichtet. Der Staat muss das Recht haben, in Zeiten maroder Infrastruktur und Finanzblasen eine Reichensteuer iHv 75 Prozent eines definierten Vermögenswertes zu erheben, wenigstens temporär zur Überwindung von sozialen Verwerfungen.

Fakt ist doch, erst wenn sich für die Menschen hier vor Ort spürbar etwas an ihrer sozialen und kulturellen Lebenssituation ändert, erst dann entsteht die Bereitschaft zur Solidarität eben mit Geflüchteten. In Zeiten politischer Instabilität wollen die Menschen pragmatische, handfeste Lösungen zur Verbesserung ihres Lebensalltags. Gute Arbeit, gute Löhne und persönliches Glück sind die Formel für Zufriedenheit. Dabei ist es doch der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung egal, wer für sie und diese Politik einsteht. Wichtig ist ihnen, DASS etwas passiert. Dieses Staatsprinzip einer „guten“ Regierung stammt bereits aus der Antike. […] Klar ist dann aber auch, dass eben ALLE Parteien schuld an der falschen Politik sind. Eine Differenzierung findet nicht mehr statt in der Auseinandersetzung. Angst siegt über die Vernunft. Abstiegsängste führen dazu, dass gegen die noch Schwächeren gekämpft wird. In der politischen Auseinandersetzung haben wir als Partei – mit dem Anspruch einer modernen Sozialismus-Definition, die klare Aufgabe und Verantwortung zugleich, Haltung zu beweisen, - den politischen Gegner zu demaskieren. Die Menschen haben doch irgendwie Recht, wenn sie über die formelhafte Sprache der Politiker-Kaste wettern. Entscheidend wird im Wahlkampf sein, dass und wie wir den Menschen vor Ort zuhören. Lasst uns doch einfach und unverkrampft auf sie zugehen. Lasst uns ihnen die Frage stellen: Was muss sich ändern? Was sind ihre Wünsche für die Zukunft? Was ist notwendig, dass sie sich UNS anschließen? Nur so legen wir den Grundstein für Vertrauen, für eine Kommunikation auf Augenhöhe.

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald wird zur Universität Greifswald

Der Akademische Senat der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald hat am 18. Januar beschlossen, dass die Hochschule zukünftig auf den Namenszusatz verzichtet.

Hierzu Phillip Bock, Sprecher für Hochschulpolitik im Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern: „Ich finde es sehr begrüßenswert, dass die Universität Greifswald zukünftig auf ihren Namenszusatz verzichtet. Gerade in Zeiten eines wiedererstarkten Nationalismus ist diese richtige Entscheidung ein wichtiges Zeichen für eine weltoffene und tolerante Hochschule. Denn der Name Ernst Moritz Arndt steht für ein völkisches und antisemitisches Weltbild. Diesem Weltbild liegt die ursprüngliche Umbenennung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 zugrunde. Dieser Frevel ist mit dem heutigen Tag endlich aus der Welt geschafft. Ich danke allen, die zu dieser Entscheidung beigetragen haben.“

Lyrik

Sprachliches Malheur

Fernsehnachrichten
maliziös gegen
echte Demokratie
behaupteten sogsuggestiv
noch mehr deutsche
Soldaten in Mali
würden für Frieden sorgen
krank
wie maligne Geschwulst
ist ein Denken
das Kriegshandwerk
und Frieden
in einem Atemzug nennt

Jürgen Riedel

Gefunden

Will nicht bestimmt sein
durch andere
nicht sein wie andere
mich wollen
will Ich sein.

Janina Niemann- Rich

Das Bewegungspolitische ist die Stammfunktion gesellschaftlicher Veränderung und die Linkspartei ihr Differential

Seit vielen Jahren steckt die gesellschaftliche Linke in einer tiefen Krise. Nahezu widerstandslos und in immer schnellerem Tempo werden immer weitere Bereiche unseres Lebens neoliberal erfasst und bestimmt. Der Nationalismus wächst. Zwischen der Linkspartei und der bewegungspolitischen Linken gibt es kaum Kommunikation, kaum Zusammenarbeit, keine gemeinsame Strategie und keine von beiden hat einen Plan, ein Konzept oder eine irgendwie gesellschaftlich tragfähige Idee für die Entwicklung einer Gegenmacht zu bieten. Beide bestimmen jeweils ihre gesellschaftspolitische Rolle selbst, ohne den anderen Teil mitzudenken. Diese jeweils eigenwillige Vorgehensweise kann nur gegenseitig Missverständnisse und Abneigungen hervorbringen. Ohne eine neue Bestimmung des Verhältnisses zwischen Partei und Bewegung werden sich DIE LINKE und die bewegungspolitische Linke fremd bleiben und ihre Krise weiter vertiefen.

Ausgangspunkt für die Neubestimmung sind aus meiner Sicht zwei Tatbestände.
1. Alle Veränderungen zu Gunsten der Mehrheit von Menschen sind stets zuerst aus der Zivilgesellschaft heraus entstanden.
2. DIE LINKE kann parteipolitisch und parlamentarisch nur das unterstützen und verstärken, was bewegungspolitisch vorbereitet ist.

Aus diesen beiden Postulaten ergibt sich die gesellschaftliche Rollenverteilung von Linkspartei und Bewegung neu.

Eigenmächtiges Paktieren der Linkspartei mit der SPD macht das Bewegungspolitische überflüssig. Politische Ergebnisse gehen so kaum in das gesellschaftliche Gedächtnis der Bevölkerung ein, weil sie nicht von unten „erkämpft“ wurden.
Der Zustand der Linkspartei ergibt sich also nicht aus der Regierungsfähigkeit, sondern aus dem Zustand der zivilgesellschaftlichen und demokratisch gesinnten Bewegung von unten. Das Bewegungspolitische ist die Stammfunktion gesellschaftlicher Veränderung und die Linkspartei ihr Differential und nicht andersrum. Das Erfordert ein Paradigmenwechsel der Linkspartei in Struktur und Engagement.
Um es mit Heiko Spieker zu sagen: „Der simple Lösungsansatz ist Kommunikation“.

Torsten Müller

Richtfest im Sportpark Lankow

Schwerins Fussball Oberligist kann sich freuen und mit ihm jeder Fussballfan in der Landeshauptstadt. Mit dem Richtfest für das Sozialgebäude inklusive überdachter Tribüne ist ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung optimaler Bedingungen für Fussballer und Fans Lankow gemacht. Bis zum Frühsommer folgt nun der Innenausbau. Danach kann es losgehen und der Ball in einem Sportpark rollen, der diesen Namen auch verdient.

Der Ortsverband Nord- Lankow trauert um ihren Genossen

Heinz Karsten,

der im Dezember 2016 im Alter von 91 Jahren verstorben ist.

Wir erinnern uns gerne an unseren Genossen und Freund Heinz.

Wir trauern um

Heinz Bendig

der am 21. Dezember 2016 im Alter von 95 Jahren verstorben ist.

Genosse Heinz Bendig reißt eine Lücke in unsere Gemeinschaft. Wir haben mit Heinz einen geachteten, ehrlichen und immer zuverlässigen Menschen, der sich sachlich und konstruktiv gegen Stillstand, Gleichmaß und Abhängigkeit einsetzte, verloren.
Eine Persönlichkeit, die in unserer Gemeinschaft einen allseitig anerkannten Platz einnahm.

Wir werden uns die Erinnerung an einen vorbildlichen, guten Freund stets bewahren.

Herzlichen Glückwunsch

Der Ortsverband Süd gratuliert recht herzlich am 21.02. Genossen Klaus Dieter Neugebauer zum 68., Genossen Wolfgang Kunze am 10.03. zum 71., Genossen Horst Weihmann am 15. 03. zum 89. und Genossen Torsten Kath am 17.03. zum 55. Geburtstag.
Die BO 605 gratuliert nachträglich dem Genossen Wolfgang Heinrich zum 81., dem Genossen Hermann Rößler zum 76., der Genossin Kerstin Kühl zum 39., dem Genossen Andreas Grellmann zum 50., der Genossin Hildegard Niederstraßer zum 95., dem Genossen Hardy Hübner zum 88. und dem Genossen Alexander Gongoll zum 35. Geburtstag.
Im Monat Februar begeht die Genossin Irmgard Pingel ihren 84., der Genosse Dirk Rosehr seinen 48., die Genossin Ursula Schlegel ihren 90. und der Genosse Joachim Aust seinen 65. Geburtstag.
Die Basisorganisation 605 wünscht ihnen alles Gute.
Die BO 321 gratuliert Genossen Hans Koch am 1. Februar recht herzlich zum 81. Geburtstag.
Am 12.12.2016 wurde Genosse Gerhard Meinhard 88 Jahre alt und am 23.12.2016 wurde die Genossin Diethild Bendig 89 Jahre alt.
Von den Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes SÜD erhalten nachträglich zum Geburtstag die besten Glückwünsche, Genosse Gerd Böttger zum 68. und Genosse Werner Schlechtendahl zum 93. Geburtstag,

Kampf gegen Faschismus geht weiter

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts kann und darf kein Freibrief für faschistisches Gedankengut und Handeln sein. Die NPD bleibt menschenverachtend, rassistisch und fremdenfeindlich. Die Parallelen zum deutschen Faschismus liegen auf der Hand. Ob verboten oder nicht, der Kampf gegen die NPD, Faschismus und Rechtsextremismus geht weiter. Jetzt erst recht! **Helmut Holter**

Für Frieden! Gegen Terror, Krieg und Waffenexporte

Vor dem Hintergrund des schwersten islamistischen Anschlages auf deutschem Boden ist Trauerarbeit angesagt. Und vor dem Hintergrund des schwersten terroristischen Anschlages seit dem Münchener Oktoberfestattentat ist auch Innehalten statt politischer Reflexhandlung gefragt. Und selbstverständlich sind hiernach Maßnahmen zu prüfen, die gegebenenfalls weitere Sicherheit schaffen und nicht allein Sicherheit simulieren.

DIE LINKE verweigert sich notwendigen Diskussionen nicht. Sicherheit und Ordnung haben für uns einen Stellenwert wie Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Ja, es gibt Lücken in der Anwendung bereits existierender Gesetze, die umgehend geschlossen werden müssen. Dazu gehört auch die Diskussion über Videoüberwachung und Datenschutz.

Wir fordern:

- die Bekämpfung der Fluchtursachen
- eine ehrliche Definition sicherer Herkunftsstaaten
- einen Neustart der innereuropäischen Kooperation
- die Schaffung eines Einwanderungs- bzw. Zuwanderungsgesetzes

Sicher ist: Afghanistan ist es nicht

Am 14.01.2017 rief das Aktionsbündnis „Schwerin für ALLE“ zur Mahnwache: „Afghanistan ist nicht sicher“ auf, welche Zeitgleich mit Mahnwachen wie z.B. in Greifswald, Güstrow, Wismar und vielen weiteren Städten in Mecklenburg-Vorpommern stattfand. DIE LINKE. Schwerin folgte dem Beispiel von ca. 60 Bürgerinnen und Bürgern und beteiligte sich aktiv an der Mahnwache.